



Gunther Krichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

Tatkraft statt Krisengerede

Der weltweite wirtschaftliche Einbruch hinterlässt gerade bei der exportorientierten deutschen Volkswirtschaft tiefe Spuren. Ebenso wie die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrer Frühjahrsdiagnose erwartet auch die Bundesregierung für dieses Jahr einen deutlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung, für das nächste Jahr aber eine allmähliche Stabilisierung. Hoffnung macht, dass der Auftragseingang der deutschen Industrie im März erstmals seit sechs Monaten wieder gestiegen ist.

Mit einem prognostizierten Rückgang von sechs Prozent wäre dies die tiefste Rezession seit Bestehen der Bundesrepublik. Auch die Zahl der Arbeitslosen wird voraussichtlich im Jahresverlauf deutlich zunehmen auf voraussichtlich 3,7 Millionen. Sie läge damit aber immer noch deutlich unter dem Niveau zu Beginn der Legislaturperiode. Das zeigt: Die erfolgreiche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der unionsgeführten Bundesregierung zahlt sich gerade in der jetzigen schwierigen Situation aus. Dennoch schließen die Institute einen weiteren deutlichen Anstieg der Arbeitslosenzahlen im kommenden Jahr nicht aus. Wir müssen deshalb alles tun, um dies zu verhindern.

Insbesondere kommt es jetzt darauf an, dass die Bankenkrise rasch bewältigt wird, damit die Bereitschaft der Banken zur Kreditvergabe wieder gestärkt wird. Die Wirtschaftsforschungsinstitute bescheinigen uns zudem, dass mit den in den zwei Konjunkturpaketen getroffenen Maßnahmen das wirtschaftliche Wachstum mittelfristig gefördert wird und nur deshalb eine vorübergehende Finanzierung über Verschul-

dung vertretbar ist. Übereinstimmung besteht ebenso in der Einschätzung, dass unter den derzeitigen Umständen ein weiteres Konjunkturpaket abzulehnen ist. Was wir jetzt brauchen, ist Kooperationsbereitschaft und Tatkraft statt Krisengerede und Katastrophenszenarien. So können beispielsweise Unternehmensführungen und Belegschaften, wie teilweise bereits erfolgt, durch flexible betriebliche Vereinbarungen Beschäftigung sichern und die Voraussetzungen schaffen für eine volle Teilhabe am nächsten Aufschwung.

Was für die Linke und Teile der SPD erklärtermaßen das Ende der Sozialen Marktwirtschaft ist, ist für uns eine Bewährungsprobe, aus der die Soziale Marktwirtschaft gestärkt hervorgehen wird. Diese können wir aber nur gemeinsam bewältigen, nicht durch eine Spaltung der Gesellschaft und durch Panikmache. Das im letzten Monat vom SPD-Spitzenkandidaten Steinmeier vorgestellte Wahlprogramm der SPD bietet hierfür leider keine Rezepte an. Wir halten auch nichts davon, „soziale Unruhen“, wie durch DGB-Chef Michael Sommer und leider auch durch die Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten geschehen, herbeizureden. Solche Äußerungen sind in höchstem Maße verantwortungslos und verunsichern mehr, als dass sie helfen. Auch Forderungen nach einem dritten Konjunkturpaket sind sinnlos, solange die Wirkungen der bisherigen Maßnahmen mit einem Volumen von 80 Milliarden Euro noch gar nicht voll eingesetzt haben. Die in der Krise gesunkenen Energie- und Nahrungsmittelpreise mit einem Volumen von rund 30 Milliarden Euro im Jahr wirken im Übrigen bereits fast wie ein drittes Konjunkturpaket.

EU begründet die „Östliche Partnerschaft“

Gestern begründete die Europäische Union auf ihrem Gipfel in Prag offiziell die „Östliche Partnerschaft“. Mit dieser Initiative soll die Zusammenarbeit der EU mit den Ländern Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, Ukraine und Weißrussland ausgebaut werden. Ziel ist es, den Aufbau von Verwaltungsstrukturen und Rechtsstaatlichkeit zu unterstützen, Menschenrechte, Demokratie und Pressefreiheit zu fördern, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu verbessern sowie die gemeinsamen Außengrenzen besser zu schützen. Darüber hinaus stehen Fragen der Energiesicherheit im Mittelpunkt. Regelmäßige Treffen zwischen den Außenministern sollen zu einer kontinuierlichen Zusammenarbeit beitragen. Zusätzlich wird eine gemeinsame parlamentarische Plattform mit dem Europäischen Parlament und Abgeordneten aus den sechs Ländern der Östlichen Partnerschaft entstehen. Fünf Jahre nach der Osterweiterung ist es in unserem eigenen Interesse, die innere Stabilität dieser Länder zu stärken. Wir brauchen einen Ring aus stabilen und verbündeten Staaten um die EU herum. Auch wenn einige Staaten der Östlichen Partnerschaft möglicherweise in ferner Zukunft Mitglied der EU werden können, ist diese neue Form der Zusammenarbeit ganz klar keine voreilige Aufnahmezusage.

Verantwortung für Guantánamo-Gefangene liegt bei den USA

Die Entscheidung der neuen amerikanischen Regierung, das menschenunwürdige Gefangenenlager Guantánamo endlich zu schließen, erfüllt eine alte deutsche und europäische Forderung. Allerdings liegt die Verantwortung für die ehemaligen Häftlinge, die nicht in ihre Heimat zurückkehren können, ganz klar bei den USA. Es muss hellhörig machen, wenn kein amerikanischer Bundesstaat willens ist, die Guantánamo-Häftlinge einreisen zu lassen und sich auch Obamas eigene Partei dagegen ausspricht. Bei dieser Sachlage ist es eine Zumutung, von europäischen Ländern eine Aufnahme dieser Personen zu erwarten. Es ist jetzt nicht die Zeit für vorschnelle Einreisezusagen. Zuerst muss für jeden einzelnen Gefangenen sehr genau geprüft werden, ob von ihm eine Gefährdung ausgehen könnte. Deutschland tut gut daran, hier sehr zurückhaltend zu agieren.

Stromnetzausbau wird beschleunigt

Mit dem Gesetz zur Beschleunigung des Ausbaus für Höchstspannungsnetze werden die Rahmenbedingungen für den Ausbau der Stromübertragungsnetze verbessert. Damit stellt sich die unionsgeführte Bundesregierung ihrer Verantwortung als zentrales Stromtransitland in Europa und trägt der Modernisierungswelle seines Kraftwerkparks Rechnung. Der Ausbau des Anteils erneuerbarer Energie an der Stromerzeugung, der grenzüberschreitende Stromhandel und neue konventionelle Kraftwerke machen den zügigen Bau neuer Höchstspannungsleitungen in Deutschland dringend erforderlich. Wesentliches Element des Gesetzes ist das Energieleitungsausbaugesetz. Es schafft eine Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren für 24 vordringliche Leitungsbauvorhaben auf der Ebene der Höchstspannungsübertragungsnetze (380 Kilovolt). Das Gesetz ermöglicht außerdem die Verlegung von Erdkabeln im Rahmen von vier Pilotprojekten auf technisch und wirtschaftlich effizienten Teilabschnitten. Damit sollen Erfahrungen mit Erdkabeln im Höchstspannungsübertragungsnetz gesammelt werden.

Besuch in Gedenkstätten zur DDR-Diktatur sollte Pflichtprogramm für Schulfahrten nach Berlin sein

Mit ihrem Besuch im ehemaligen Stasi-Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen hat die Bundeskanzlerin als erste in diesem Amt ein klares und wichtiges Zeichen gesetzt: im zwanzigsten Jahr der friedlichen Revolution und des Mauerfalls dürfen Stimmen, die die DDR-Diktatur schönreden kein Gehör finden. Nicht nur für die Opfer der DDR-Diktatur, sondern für jeden aufrechten Demokraten ist der Versuch der Geschichtsverfälschung unerträglich. In den Schulen steht die DDR-Diktatur überwiegend nicht im Lernprogramm. 15% der Jugendlichen halten Konrad Adenauer für einen DDR-Politiker und glauben, die Mauer sei von den Alliierten gebaut worden. Die Kultusministerkonferenz steht hier in der Verantwortung zu prüfen, ob die DDR-Diktatur verpflichtend in die Lehrpläne des Geschichtsunterrichts aufgenommen werden kann. Um Wissenslücken zu schließen und die Erinnerung an das Unrecht wach zu halten, sollte der Besuch einer Gedenkstätte zur SED-Diktatur ebenso wie die Stätten des Nazi-Terrors obligatorischer Bestandteil des Programms von Klassenfahrten nach Berlin sein.